

REPORTING BEREICHS- UND
ZWECKGEWIDMETE SPENDEN

MY BODY,
MY RIGHTS!

ÖSTERREICHFONDS

© Amnesty International/Harald Wandl

ÜBERBLICK

Der Österreichfonds von Amnesty International wurde 2018 zur Stärkung der Menschenrechtsarbeit in Österreich ins Leben gerufen. Hintergrund war, dass immer öfter menschenrechtliche Errungenschaften in Österreich in Frage gestellt und Menschenrechte missachtet wurden. Immer mehr Menschen werden nach wie vor an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt. Still, heimlich und doch hoch offiziell.

Mehrere Hundert Unterstützer*innen haben auch 2025 klar Position bezogen und sich für gleiche Chancen und gleiche Rechte eingesetzt, indem sie mit ihrer Spende unsere Menschenrechtsarbeit in Österreich gefördert haben.

Mit Ihrer Unterstützung werden Recherchearbeit, politisches Lobbying mit Entscheidungsträger*innen und Kampagnenarbeit zu Menschenrechtsthemen in Österreich möglich. Ebenso können Veranstaltungen zu aktuellen menschenrechtlichen Fragestellungen umgesetzt werden. Mit laufenden menschenrechtlich fundierten Analysen, Berichten und Stellungnahmen sind wir eine klare, laute und unbeirrbar Stimme für ein Österreich der Menschenrechte.

Sie ermöglichen unsere Menschenrechtsarbeit in Österreich! Vielen Dank!

Mittelherkunft

EUR

Zweckgewidmete Spenden	
„Österreichfonds“	44.348,96
Stiftungsspenden	10.000,00
Zuführung aus allgemeinen Spendenmitteln	514.834,47
Auflösung von Passivposten („Protect The Protest“)	18.282,79
GESAMT	587.466,22


Mittelverwendung*

Advocacy & Research	152.191,77
Armut & Soziale Gerechtigkeit	52.650,00
My Body My Rights	81.429,12
#zamm zamm zamm	74.549,99
Bezahlkarte	87.489,92
Protect The Protest**	139.155,42
GESAMT	587.466,22

* beinhaltet jeweils Personalkosten & Sachkosten, Kosten für Fundraising sind nicht enthalten

** beinhaltet u.a. Tätigkeiten zu Klimagerechtigkeit und zur Kennzeichnungspflicht

DAS MACHT IHRE SPENDE FÜR UNSERE ARBEIT IN ÖSTERREICH MÖGLICH

1. **Manifest für die Menschenrechte**  **Mehr Infos**
2. **My Body, My Rights!**
3. **Protect the Protest, Kennzeichnungspflicht**

AUSBLICK

Auch in Österreich gibt es aus menschenrechtlicher Sicht noch Luft nach oben. So fehlt etwa weiterhin eine verpflichtende individuelle Kennzeichnung für Polizist*innen, die für eine wirksame Aufklärung in Fällen mutmaßlicher Polizeigewalt oder Misshandlung menschenrechtlich dringend geboten wäre; und der Schwangerschaftsabbruch ist die einzige Gesundheitsleistung, die nach wie vor im Strafgesetzbuch geregelt ist.

Auch im Bereich der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte – dazu zählen etwa das Recht auf gerechte Arbeitsbedingungen, auf ein Höchstmaß an Gesundheit, auf angemessenes Wohnen oder auf soziale Sicherheit – erfolgt die Umsetzung in Österreich nach wie vor nicht wirksam. Darüber hinaus bestehen weitere menschenrechtliche Defizite: Die geplante Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) könnte durch flächendeckende Überwachung einen abschreckenden Effekt auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit haben, während der beschlossene Einsatz hochinvasiver Spionagesoftware weiterhin als unvereinbar mit Grund- und Menschenrechten gilt und erhebliche Missbrauchsrisiken birgt.

Im letzten Jahr stand zudem die nationale Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) in Österreich im Fokus. Aktuell rückt insbesondere die beschlossene

Möglichkeit in den Fokus, den Familiennachzug per Verordnung drastisch einzuschränken. Amnesty International kritisiert diese Änderung des Asylgesetzes als klaren Bruch mit internationalen Menschenrechtsverpflichtungen, da sie das Recht auf Achtung des Familienlebens anerkannter Geflüchteter und subsidiär Schutzberechtigter gefährdet. Die Regelung kann den Zugang zum einzigen sicheren und regulären Fluchtweg erheblich erschweren oder sogar versperren und birgt das Risiko, Menschen – insbesondere Frauen und Kinder – in die Irregularität und auf gefährliche Fluchtrouten zu drängen. Auch die Frage der sozialen Sicherheit ist ein zentrales menschenrechtliches Thema und eine menschenrechtskonforme Reform der Sozialhilfe dringend nötig.

Es gibt also auch im kommenden Jahr viel für uns zu tun: So werden wir die Maßnahmen der neuen Bundesregierung genau beobachten, analysieren und entsprechend Schritte setzen, damit die Menschenrechte für alle Menschen in Österreich gewahrt bleiben!

DANKE FÜR IHRE WERTVOLLE UNTERSTÜTZUNG!

